

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 183 (2017)

Heft: 4

Artikel: Die NATO als Pfeiler der europäischen Verteidigung

Autor: Lezzi, Bruno

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-681594>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die NATO als Pfeiler der europäischen Verteidigung

Vizepräsident Mike Pence und Verteidigungsminister Jim Mattis haben an der 53. Münchner Sicherheitskonferenz aus amerikanischer Sicht die ungebrochene Bedeutung der transatlantischen Verteidigungsbeziehungen bekräftigt. Allerdings war die Forderung nach vermehrten Anstrengungen der europäischen Allianzpartner unüberhörbar.

Bruno Lezzi

Angesichts der düsteren weltpolitischen Lage war das Interesse an der 53. Münchner Sicherheitskonferenz, die vom 17. bis zum 19. Februar, wie gewohnt, im Hotel Bayerischer Hof stattgefunden hat, sehr gross. Mehr als 30 Staats- und Regierungschefs und über 80 Verteidigungs- und Ausenminister sowie zahlreiche Gäste aus Politik, Militär und Wissenschaft erhofften sich nach den widersprüchlichen Verlautbarungen Präsident Donald Trumps zur NATO nicht zuletzt Klarheit in der Frage des amerikanisch-europäischen Verhältnisses. Diese Thematik stand denn auch im Zentrum des von Botschafter Wolfgang Ischinger geleiteten, traditionsreichen Anlasses.

Amerikanische Mahnungen

Vizepräsident Mike Pence, der seine Rede immer wieder mit Erinnerungen an das Engagement der USA im Kampf gegen den Nationalsozialismus im Zweiten Weltkrieg und gegen den Kommunismus im Kalten Krieg würzte, erklärte, dass die USA fest zu ihren Bündnisverpflichtungen stünden. Er spreche «im Namen von Präsident Trump» sagte Pence wiederholt, wohl in der Absicht, seinen Worten damit zusätzliches Gewicht zu verleihen. Die Ver-

einigten Staaten erwarteten aber ebenfalls entsprechende Leistungen. Noch deutlicher wurde Verteidigungsminister Jim Mattis. Zwar unterstrich auch er, der einst das Allied Command Transformation der NATO geführt hatte, die Bedeutung der transatlantischen Bindungen. Gleichzeitig sagte er aber, dass er von der Allianz noch dieses Jahr einen detail-

Der amerikanische Vizepräsident Michael R. Pence.



Bundeskanzlerin Angela Merkel – Blick aus dem Plenum. Bilder: MSC/Kuhlmann

lierten Plan erwarte, wie sie die auf den Gipfeln von Wales (2014) und Warschau (2016) eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen gedenke.

Sowohl Bundeskanzlerin Angela Merkel als auch Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen hatten bereits zuvor in ihren jeweiligen Standortbestimmungen, die Bedeutung der NATO hervorgehoben und dabei erklärt, dass eine Stärkung der europäischen Verteidigungsanstrengungen nie auf Kosten der NATO gehen und zu ebenso wenig effizienten wie kostentreibenden Doppelspurigkeiten führen dürfe. Zudem sei nach wie vor im Auge zu behalten, dass kein Land in der Lage sei, die sich stellenden Probleme auf eigene Faust zu bewältigen. In diesem Sinne, so meinten beide Politikerinnen mit ähnlichen

Worten, sei Europa für die USA ein Partner, auf den nicht verzichtet werden könne, was auch NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg in seinen eher verhaltenen Ausführungen bestätigte. Sein Ruf nach einer besseren Kooperation im Rahmen der stark fragmentierten europäischen Rüstungsindustrie wurde ebenfalls von Federica Mogherini, der Aussenbeauftragten der EU, unterstützt.

Russlands Sicht der NATO

Neben der augenblicklich ausgesprochen schwierigen Phase der EU, welche bald überwunden werden müsse, bedauerte die Bundeskanzlerin, dass es noch nicht gelungen sei, ein «stabiles und dauerhaft gutes Verhältnis» mit Russland aufzubauen. Merkel trat für die Beibehaltung der NATO-Russland-Akte ein; sie hielt jedoch deutlich fest, dass sie gewillt sei, an der Umsetzung des Minsker Abkommens zur Entspannung der Ukraine Krise festzuhalten und am Prinzip der territorialen Integrität nicht zu rütteln; diese sei unantastbar.

Selbstverständlich wollte der russische Aussenminister, Sergei Lawrow, diese Auffassung nicht teilen. Russland, so meinte er, habe zwar Interesse an einer engen Zusammenarbeit mit den USA und der EU. Er hielt aber ebenso klar daran fest, dass das rasche Ausgreifen nach Osteuropa ein untrüglicher Beweis dafür sei, dass die Allianz immer noch in den Kategorien des Kalten Krieges denke. Auch wenn Lawrow den Beginn eines «postwestlichen» Zeitalters zu erkennen glaubte, sprach er sich für eine pragmatische Kooperation mit den Vereinigten Staaten aus.

Ursula von der Leyen setzte die Hauptakzente ihrer Analyse auf die militärischen Bereiche. In der multinationalen «Verzahnung» von militärischen Verbänden, wie sie etwa in der Truppenpräsenz des Bündnisses in Polen und den baltischen Staaten zu beobachten sind, und im Rahmenkonzept sieht die Verteidigungsministerin einen Ansatz, um die Einsatzfähigkeit und die Glaubwürdigkeit der Allianz zu stärken. Ein weiteres Beispiel ist die 11. Luftbewegliche Brigade der nie-

derländischen Streitkräfte, welche in die deutsche Division Schnelle Kräfte integriert ist. Dieser Grossverband und die seit 1989 bestehende deutsch-französische Brigade sind bestimmt schlagkräftige Formationen. Hingegen stellt sich die Frage,



Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (Deutschland) und Jim Mattis (USA).

ob eine Vernetzung mit rumänischen und kroatischen Einheiten wirklich die gehegten Erwartungen in eine Steigerung der Kampfkraft bald erfüllen kann.

Finanzielle Überlegungen

Wie Merkel sprach sich ebenfalls von der Leyen für zusätzliche Investitionen aus, um den Anteil der Verteidigungsaus-

gaben am Bruttoinlandprodukt bis 2024 auf zwei Prozent anwachsen zu lassen. Einen nuanciert anderen Standpunkt vertrat Sigmar Gabriel, der als frischgebackener Aussenminister der Sicherheitskonferenz seine Aufwartung machte. Es wäre falsch, in die Zahlenklauberei des Kalten Krieges zu verfallen und damit der Gefahr zu erliegen, die 2-Prozent-Marke zu verabsolutieren. Griechenland erfülle diese Forderung. Es lohne sich aber, darüber nachzudenken, ob damit wirklich Stabilität in diesem krisenanfälligen Land gefördert werde, wenn gleichzeitig die Renten nicht bezahlt werden könnten. Zurzeit jedenfalls wisse er nicht, wo Deutschland die dafür nötigen zusätzlichen 25 Milliarden Euro hernehme, wenn gleichzeitig Steuersenkungen in Aussicht gestellt würden. Und schliesslich forderte er die europäischen Länder dazu auf, etwas mehr Selbstbewusstsein zu zeigen, denn der europäische Integrationsprozess sei das «grösste Zivilisationsprojekt» des 20. Jahrhunderts.

Europäische und andere Dissonanzen

Auch wenn die EU immer wieder als Wertegemeinschaft beschworen wurde, zeigten die Diskussion zwischen den Aussen- und Sicherheitspolitikern aus Ost- und Westeuropa, wie stark die entsprechenden Vorstellungen voneinander abweichen. Während der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble dafür vo-

Starre Fronten in der Ukraine Krise

Erwartungsgemäss gab ebenfalls die nach wie vor ungelöste Ukraine Krise in München viel zu reden. Auch wenn nicht nur Bundeskanzlerin Angela Merkel, sondern auch Aussenminister Sergei Lawrow für eine Umsetzung der Minsker Vereinbarungen plädierten, liessen die Diskussionen erkennen, wie schwierig der Weg auf dieses Ziel hin noch ist. So verglich der ukrainische Präsident Petro Poroschenko die Haltung einiger europäischer Staaten gegenüber Russland mit der Appeasement-Politik gegenüber Nazideutschland am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Jetzt müsse Wladimir Putin, der die Ukraine zutiefst «hasse», Einhalt geboten werden. Poroschenko erwartet, dass die neue amerikanische Administration diese Chance wahrnehmen wird. Mit Putin dürften keinesfalls «Deals» abgeschlossen werden. Auch an einem im näheren Umkreis der Si-

cherheitskonferenz durchgeführten Lunchgespräch, das von der Organisation Yalta European Strategy (YES) organisiert worden war, kam deutlich zum Ausdruck, wie gefährlich die gegenwärtige Lage ist. Der ehemalige Generalsekretär der NATO, Anders Fogh Rasmussen, rief die USA mit kräftigen Worten dazu auf, die Ukraine stark zu machen und mit Waffen auszustatten. Dabei fand er beim ehemaligen ukrainischen Ministerpräsidenten Arseniy Yatsenyuk Unterstützung, der sichtlich erregt die Rückgabe der Krim und Beitritte der Ukraine zur NATO und zur EU forderte. Der ehemalige General und frühere CIA-Direktor David Petraeus trat zwar ebenfalls für die materielle Unterstützung der Ukraine ein, er äusserte sich aber etwas vorsichtiger als Rasmussen. Seiner Ansicht nach soll das Tor offengehalten werden, Eile sei aber nicht am Platz.

GEMEINSAM

Airbus ist ein internationaler Pionier der Luft- und Raumfahrtindustrie und der weltweit führende Hersteller von Verkehrsflugzeugen. Als Unternehmen von Weltrang bietet Airbus auch in den Bereichen Verteidigung und Raumfahrt sowie Hubschrauber ein breites Portfolio an hochmodernen Produkten und zugehörigen Services, die unsere Kunden rund um den Globus beim Ausbau ihrer Geschäftstätigkeiten unterstützen. Besuchen Sie www.airbusgroup.com

Airbus. We make it fly.



AIRBUS



Aussenminister Sergei Lawrow, Russland.

tierte, Souveränität zugunsten der Gemeinschaft abzugeben, widersetzte sich der polnische Aussenminister Witold Jan Waszczykowski dieser Ansicht mit dem Argument, Bürokraten, und damit zielte er auf die Haltung Brüssels in der polnischen Verfassungsgerichtsfrage, hätten die Neigung, Staaten aus politischen Gründen zu überwachen. Damit provozierte er allerdings eine scharfe Reaktion des Ersten Vizepräsidenten der EU-Kommission, Frans Timmermans.

Weiterhin unüberbrückbar sind die politischen Gräben im Nahen und Mittleren Osten. Der Vorschlag des iranischen Aussenministers, Mohammed Dschawad Sarif, ein regionales Dialogforum zu bilden, wurde vom israelischen Verteidigungsminister Avigdor Lieberman mit dem Hinweis abgeschmettert, Iran stelle nach wie vor die grösste Bedrohung dar. Die iranischen Revolutionsgarden seien die gefährlichste Terrororganisation der Welt. So gesehen will Israel den Druck auf Iran in allen Bereichen aufrechterhalten. Dem gegenüber gab sich der türkische Aussenminister Mevlüt Cavusoglu überzeugt, dass eine Beruhigung der nah- und mittelöstlichen Krisenherde nur im Zusammengehen mit Russland und Iran erreicht werden könne. Er räumte aber

ein, dass Iran nach wie vor die konflikttreibenden religiösen Spaltungsbewegungen fördere. Und bezüglich der grauenerregenden Situation in Syrien erklärte der Generalsekretär der UNO, António Guterres, dass es erst dann Frieden geben könne, wenn keine der Parteien mehr an einen Sieg glaube. Das sei aber wohl noch

zustimmen. Aufschlussreich waren in einem weiteren Zusammenhang die Überlegungen Generalmajor Babagana Monngunos, des Sicherheitsberaters des nigerianischen Staatspräsidenten. Mit dem Ziel, nachhaltige Erfolge im Antiterrorkampf zu verzeichnen, seien gesellschaftliche Reformen und insbesondere eine Festigung der Rechtsstaatlichkeit unerlässlich.

Die Münchner Sicherheitskonferenz öffnete auch dieses Jahr wieder neue Perspektiven auf die strategische Lage. Ins Auge fiel allerdings, dass dieses Mal Statements – also Einwegbotschaften – eingehende Diskussionen in den Hintergrund drängten, wohl

aus Rücksichtnahme auf zunehmend gespannten Verhältnisse zwischen den jeweiligen politischen Kontrahenten. Wie immer bot die Konferenz im Übrigen Gelegenheit für bilaterale und multilaterale Treffen. An solchen nahmen auch die beiden Bundesräte Didier Burkhalter und Guy Parmelin teil. ■

«Mit dem Ziel, nachhaltige Erfolge im Antiterrorkampf zu verzeichnen, sind gesellschaftliche Reformen und insbesondere eine Festigung der Rechtsstaatlichkeit unerlässlich.»

länger nicht der Fall. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit bilde einen Nährboden für Terroristen.

Verstärkte Grenzkontrollen

Angesichts der sich stellenden Flüchtlings- und Migrationsprobleme und der terroristischen Drohkulisse sprachen sich sowohl der neue amerikanische Minister für Homeland Security, John Kelly, und der deutsche Innenminister, Thomas de Maizière, für verstärkte Kontrollen aus. Einen Nachrichtendienst der EU lehnte der deutsche Politiker aber entschieden ab. Einem solchen Ansinnen würden Staaten mit grossen Nachrichtendiensten nie



Oberst i Gst
Bruno Lezzi
Dr. phil.
Lehrbeauftragter
Uni Zürich
8802 Kilchberg ZH